

**Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin
Wahlperiode V**

Protokoll

der **10. öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.09.2017

Sitzungsbeginn: 17:37Uhr

Ort, Raum: BVV Saal, Rathaus Mitte
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin

Sitzungsende: 21.00 Uhr

TeilnehmerInnen: siehe Anwesenheitsliste

Protokollführung: Frau Le Cong

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer, begrüßt den Gast Herrn Ottenberg und dankt Frau Dietzsch für die Vertretung in der AG HH. Er gratuliert der Stadträtin Frau Dr. Obermeyer zum Geburtstag.

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichterstatter/ In	To do
1	Protokollgenehmigung	Genehmigung des Protokolls vom 06.07.2017 vertagt Anmerkungen zum Protokoll	Herr Siewer	<u>Le Cong:</u> Geänderte Fassung des Protokolls mit Änderungen verschicken
2	Mitteilungen des JHA Vorsitzenden des Bezirksamtes	- Mitteilungen des BA siehe Bericht	Frau Dr. Obermeyer	<u>Fr. Dr. Obermeyer:</u> Bericht des BA im Nachgang zur Sitzung

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichtersteller/ In	To do
		<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung vom Träger zum Jugendaktionsraum am Alexanderplatz - schriftliche Zusage von Herrn v. Dassel erhalten - bisher allerdings noch keine konkreten Räumlichkeiten angeboten bekommen - Container sind bestellt und werden zwischen der 40. Und 42. KW geliefert - Träger steht unter hohem Zeitdruck und hoher Belastung aufgrund des langwierigen Verfahrens - Frau Depil fragt nach zuständigen Ansprechpartner beim SGA → Frau Dr. Obermeyer benennt Frau Weißler, Herrn Büttner und Herr Göttinger - Herr Siewer schlägt vor eine Mail mit Bezug zur Pressemitteilung zu schicken mit der Bitte unverzüglich eine Fläche zu benennen, da die Container bestellt sind und das Land (Senatsverwaltung) die Kosten trägt <p style="margin-left: 20px;"><u>Abstimmung:</u> 1 ja, 1 Enthaltung (Bündnis 90/DieGrünen), 2 ja SPD 1 ja CDU 1 ja AfD 4 ja Bürgerdeputierte 1 ja FDP 0 dagegen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rückfragen nach Umsetzung der Mindeststandards zum Kinderschutz in Hosteln und Aufteilung der Belegung nach Bezirken → Frau Samuray antwortet, dass Unterbringung nach Zuständigkeiten erfolgt (Jug und Soz) → Verhandlungen zur Klärung der Zuständigkeiten zwischen BA und Senatsverwaltung im Gange → Frau Samuray ergänzt, dass die Vertragshostels vorrangig durch Mitte belegt werden → Einhaltung der Mindeststandards durch u.a. Vorlage eines erweitertes Führungszeugnisses der Mitarbeiter, Schulungen der Mitarbeiter durch Kinderschutzkoordinatorin, Begegnungsraum (separater Raum für Kinder), abschließbare Sanitärräume, etc. - Frau Walther beantragt Kinderschutz in Einrichtungen für Geflüchtete als gesonderten TOP 	<p>Herr Kretschmann</p> <p>Frau Depil</p> <p>Herr Siewer</p> <p>Frau Schauer-Oldenburg</p>	<p>Frau Goral: Verhandlungsstand an Herrn Siewer</p> <p>Le Cong: Themenliste ergänzen</p>

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichtersteller/ In	To do
3	Aktuelle Viertelstunde	<ul style="list-style-type: none"> - Fragen zur Kündigung der Räumlichkeiten der Kita „Morgenland/Zwergenschule“ in der Brunnenstr. → Frau Goral bittet konkrete Fragen im Vorfeld per Mail zu richten für qualifizierte Beantwortung - Fragen zur Kinderprostitution im Hansa-Viertel - Bitte um Sachstand zur aktuellen Situation im Standesamt bezüglich der Geburtsurkunden → Frau Dr. Obermeyer entgegnet, dass es aktuell noch Rückstände von ungefähr 800 Fällen gibt, das Standesamt aber diese Leistung prioritär bearbeitet <ul style="list-style-type: none"> - Rückfrage nach Rangfolge bei der Abarbeitung der Rückstände → Frau Dr. Obermeyer antwortet, dass das Standesamt die Ausfertigung der Geburtsurkunden priorisiert - das Jugendamt steuert gegen, indem beispielsweise für die Beantragung des Elterngeldes die Anzeige der Klinik ausreichend ist - insgesamt sind Beschwerden diesbezüglich zurückgegangen - Wartezeit von länger als 4 Wochen für Geburtsurkunde zu lange → Maßnahmen: eine pensionierte Standesbeamtin wieder im Dienst, Hilfe aus Tempelhof-Schöneberg (ab Nov) und Friedrichshain-Kreuzberg (ab Sept) erwartet 	SPD Grünen AfD	Frau Goral: Antwort per Mail
4	Berichterstattung aus den AG'en nach §78 SBG VIII	<ul style="list-style-type: none"> - AG 1 hatten Aufruf zum Protest zur BVV am 20.6. BVV gestartet→ trotz knapper Zeit gelungene Aktion, laut Zählung der Polizei ungefähr 200 Personen anwesend - Verweis auf ausgeteilte Stellungnahme der SprecherInnen der AG 1 zur unzureichenden Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Mitte und Forderung nach Aufstockung der Mittel nach §11 KJHG in Höhe von 1,25 Mio € pro HH-Jahr →Unterschriftensammlung im Umlauf - Kiezplenum Sparrplatz schließt sich einstimmig der Forderung an - Erinnerung an AG Klage aus Wahlperiode IV. und bitte um weitere Umsetzung - Herr Kühbauer erinnert an Einbringung der Beschlussvorlage Kita Triftstr. In Regional AG 	Herr Schramm Herr Kühbauer	

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichtersteller/ In	To do
		<p>→ Herr Siewer entgegnet zur AG Klage, dass Kläger und Beklagte feststehen müssen, Vorsitzender des JHA stehe nicht in der Recherchepflicht, jedes Mitglied, auch beratende Mitglieder dürfen Anträge in den JHA einbringen, die als TOP aufgerufen werden sollen, Initiative muss aber aus dem Ausschuss kommen → schriftlicher Antrag per Mail an die Geschäftsstelle (Frau Le Cong)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regional- AG Heinrich-Heine Viertel hat zweite neue Sprecherin aus Kinderhaus Berlin Mitte e.V. - Erinnerung an Kiezspaziergang am 13.09. um 15 Uhr im Kinder- und Jugendzentrum Oase durch Kiez Heine-Viertel, Fischerinsel, Neue Blumstr. (Grill) - AG Mädchen und junge Frauen kündigt Veranstaltung für Weltmädchentag am 11.10. zum Thema Gleichberechtigung mit dem Motto "Ich mach mir die Welt wie sie mir gefällt" von 14-19 Uhr im Rudolf-Palme Zentrum 	<p>Herr Siewer</p> <p>Frau Völker</p> <p>Frau Kleinschurt</p>	
5	<p>Vortrag von Herrn Peter Ottenberg zur Arbeitsweise des JHA</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kurze Vorstellung seiner Person - Vortrag siehe vorab versendete Unterlagen (ppp und Seminar Unterlagen) <p><u>Rückfragen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Beispiele zum Entscheidungsrecht: <ul style="list-style-type: none"> > Standortverlegung = kein Fall der laufenden Verwaltung = einmalig, unüblich, ungewöhnlich, nicht durch Gesetz gesteuert > konzeptionelle Umgestaltung einer Jugendeinrichtung wie von mischgeschlechtlich zu nur Mädchen - Rückfragen zu Möglichkeiten des JHA bei Missachtung durch die BVV → rechtliches Anhörungsrecht durch jedes Mitglied des JHA → rechtswidriger Beschluss bei Verletzung des Anhörungsrechts aufgrund von formalen Mangel - bei Rechtswidrigkeit muss innerhalb von 2 Wochen eine Beanstandung erfolgen - Herr Siewer bedankt sich beim Gastredner und empfiehlt seine Literatur 	Herr Ottenberg	

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichterstatter/ In	To do
		<ul style="list-style-type: none"> werden - Probleme in den Prognoseräumen Wedding und Gesundbrunnen hinreichend bekannt -Appell sich bewusst zu machen, dass trotzdem jahrelang Kürzung in der Kinder- und Jugendarbeit erfolgt ist - Wunsch, ein politisches Signal zu setzen (höhere Zuweisung durch den Senat), damit Aufstockung der Mittel erfolgen kann - Erinnerung an einen ehemaligen Stadtrat, der über 2 Mio € Einsparung vorgenommen hat - Frau Schauer-Oldenburg schließt sich der Rede von Frau Walther an und ruft die Fraktionäre auf, sich in ihren Parteien für Jugendhilfe stark zu machen, da Bedarfe da sind und keine Verbesserung im Bezirk zu erkennen ist - Herr Siewer merkt an, dass es die Möglichkeit gäbe 1-3 % Minderausgaben zu veranschlagen - Herr Schwarz klärt auf, dass Fraktionäre sich in der Tat für Anliegen der Jugendhilfe in ihren Fraktionen stark machen, die Fachpolitiker aus anderen Ausschüssen setzen sich genauso für ihren Bereich ein → Herr Schwarz beabsichtigte die Erwartungshaltung zu dämpfen, da ein JHA Beschluss keine automatische Umsetzung bedeute - Appell an alle Bezirksverordneten mitzustimmen, um die abgestimmte Planung vom 27.4. umzusetzen → höhere Bedarfe sind beziffert worden, Jugendamt hat 300.000 € intern kompensiert → nicht BVV, sondern BA stelle Bedarfe des JHA in Frage - Frau Depil bringt zum Ausdruck, dass die zusätzlichen Mittel nicht zur Finanzierung bereits vorhandener Angebote dienen sollen, sondern zur Erweiterung der Angebote genutzt werden - Angebot an die Fraktionen zu den Fraktionssitzungen zu kommen um fachliche Fragen beantworten zu können 	<p>Herr Schramm</p> <p>Frau Schauer-Oldenburg</p> <p>Herr Siewer</p> <p>Herr Schwarz</p> <p>Frau Depil</p> <p>Herr Wichert</p>	

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichtersteller/ In	To do
		<ul style="list-style-type: none"> - Zuweisung vom Land Berlin für das Budgetierungsobjekt B103 (Produkte Allgemeine Kinder- und Jugendförderung durch öffentliche und freie Träger) von 350.000 € mehr Zuweisung als für Produktkosten → Erhöhung von 350.000 € inklusive Deckungsbeitrag für allgemeine Verwaltungsaufgaben - Frau Demirbüken-Wegner stellte Anfrage im Abgeordnetenhaus, ob mit mehr Geld für Kinder- und Jugend-Fördergesetz zu rechnen wäre → aus der schriftlichen Beantwortung durch Staatssekretärin Frau Klebba, geht hervor, dass die Bezirke ihre Zuweisung für Jugendarbeit nicht ausgeben würden, seit 2010 insgesamt Betrag von einem hohen zweistelligen Mio-Betrag nicht ausgegeben → Bezirk Mitte hat 8 ½ Mio seit 2010 nicht für §11 verwendet → §11 ist Konsolidierungsbeitrag für andere Bereiche - Konzept zur Bewirtschaftung der Personalkosten für gestelltes Personal: Bezahlung der Personalausgaben aus Kapitel öffentliche Jugendarbeit → im Gegenzug freie Träger stellen Kostenerstattung an Bezirk Mitte → Einnahmen im Kapitel 4010 - Im Produkt B0103 sind Personalausgaben als Ausgabe in Produktpreis miteingeflossen, aber Einnahmen nicht im Produkt gebucht worden, sondern nur im Haushalt => wirkliche Stückpreis kann nicht korrekt angezeigt werden → Kosten für öffentliche Jugendarbeit geringer als im Produktbericht ausgewiesen → 660.000 € Einnahmen = Einnahmen nach E01 = Einnahmen, die nicht in Zusammenhang mit Zuweisung des Senates stehen => nicht in Einnahmenvorgabe für 2020 anzurechnen -- alle Einnahmen nach E01 zusammengerechnet für Beurteilung Normierung aller Bezirke (Zuweisung absenken) : Bezirk Mitte zu 1/12 betroffen (1/2 der Einnahmen abgeben) - Zusammenfassung: keine Jugendarbeit => Bezirk Mitte 1 Mio € weniger im Jahr zur Verfügung (350.000 € höhere Zuweisung und 660.000.€ Einnahmen) → Verdeutlicht, dass Jugendarbeit §11 wichtigen Beitrag für den Bezirkshaushalt geleistet hat - Ausweitung der Angebotsstunden => mehr Mengen → Kosten bleiben plausibel, wenn Finanzierung steht - Keine Mengengrenzung außer wenn Plausibilitätsfaktor nicht eingehalten → Mitte mit Stückkosten nicht in Gefahr, da wir im Durchschnitt liegen 	Herr Siewer	

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin Wahlperiode V

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichtersteller/ In	To do
		<ul style="list-style-type: none"> - 44 € für freie und öffentliche Träger gemischt zusammen vorgesehen, wir bei 35 € - Aktuell 217.000 Angebotsstunden pro Jahr - Bsp: eine Jugendeinrichtung mit 2 Personen: ein/e Mitarbeiter/-in und eine Leitung mit administrativen und päd. Aufgaben, Erweiterung auf 3 Personen => pro Mitarbeiter mehr Angebotsstunden und minimale Verbesserung der Kostensituation, da Leitertätigkeit auf alle aufgeteilt aber insgesamt mehr Angebotsstunden möglich → Jugendarbeit nach §11 wird kleine Überschüsse erbringen - in den letzten 10 Jahren hat Bereich Jugend einen erheblichen Beitrag geleistet hat - Standards gesenkt, diverse Kürzungen erfolgt - Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt die Kapitel aufzustocken, da jetzt Gelder da sind - Frau Depil bekräftigt das Argument, das jetzt die Zeit gekommen ist Weichen für die Zukunft zu stellen - Hinweis auf Entlastung anderer Bereiche in der Vergangenheit - Fr. Goral sieht §§11, 13 und 16 als Basis der Jugendhilfe (Grundausrüstung) - Steuerungsziele HzE für 2017 werden erreicht - Perspektiven für Kinder und Familien schaffen durch Angebote - Rückschritt in Jugendhilfe nicht gewollt, Arbeit gegen Armut - 85 Intensivstraftäter, weiterhin ausbaufähig, Mehrbedarf besteht → es soll nicht weiter an Jugendarbeit gespart werden - Wegen -Kürzungen in den letzten Jahren konnte kein Ausgleich zwischen den Prognoseräumen erfolgen - Versorgungsausgleich wie im Eckwertebeschluss würde für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen - <u>Abstimmung zum Änderungsantrag zum Doppelhaushalt 2018/2019 (Drucksache 0646/V): einstimmig</u> (12 Stimmen aus SPD, CDU, AfD, Linke, Bündnis90/Die Grünen) ohne Enthaltung beschlossen - 	<p>Frau Depil</p> <p>Frau Goral</p> <p>Herr Torno</p> <p>Herr Beckmann</p> <p>Herr Siewer</p>	

**Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin
Wahlperiode V**

Nr.	TOP	Beschluss, Ergebnis, Maßnahme	Berichterstatter/ In	To do
		<ul style="list-style-type: none"> - <u>Ergebnis:</u> 6 Ja-Stimmen (4 Bürgerdeputierte, 2 Bündnis90/Die Grünen) 5 Enthaltungen aus den Parteien Linke, SPD, CDU und AfD Es waren zu dieser Zeit nur noch 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Antrag ist angenommen. 		
8	Beschlussvorlage Kita Triftstr. 12	<ul style="list-style-type: none"> - Beschlussvorlage wird zurückgezogen <p><u>Begründung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Zeitliche Planung hat sich verändert, sodass der Verzicht auf ein IBV aus Zeitgründen nicht mehr erforderlich ist - Untersuchung der Schadstoffentsorgung habe sich verlängert - Ursprüngliche Idee: Verzicht auf ein IBV für schnellere zeitliche Umsetzung, da Zeitplan nicht mehr zu realisieren ist, Im IBV wird eine Kopplung der Schule in der Tegler Str nicht mehr durchgeführt - Nun wird das übliche Verfahren (durch ein IBV) durchgeführt 	Frau Dr. Obermeyer	<u>Frau Goral:</u> Veröffentlichung der Ausschreibung z.K. an den JHA
10	Beratung von Drucksachen	Die Drucksache 0495/V „Spielplätze wirklich realisieren und instand halten!“ wird von der Fraktion der SPD zurückgezogen.	SPD	
11	Verschiedenes	Kein Redebedarf		